



NZZ am Sonntag  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 135'805  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021  
Abo-Nr.: 1094819  
Seite: 12  
Fläche: 27'564 mm<sup>2</sup>

## Ombudsstelle soll Vertrauen in Kesb zurückbringen

Guido Fluri, der Vater der Wiedergutmachungs-Initiative, ortet bei den Kesb Probleme im Umgang mit betroffenen Familien.

### Kathrin Alder

Der Zuger Unternehmer und Stifter Guido Fluri ist der Schweizer Öffentlichkeit als Retter der Miss-Schweiz-Wahlen und vor allem als Vater der Wiedergutmachungs-Initiative bekannt. Diese fordert finanzielle Entschädigung für ehemalige Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Über seine Stiftung, finanziert durch einen Drittel seines Unternehmensgewinns, hat er indes auch mit aktuellen Fällen des Kinderschutzes zu tun. «Ich beschäftigte mich mit mehreren hundert Fällen, in denen die Fronten zwischen Familien und der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde, Kesb, massiv verhärtet sind», sagt er. Deshalb schlägt er vor, eine Ombudsstelle zu schaffen. Ehrenamtliche Spezialisten sollen bei schweren Konflikten schlichten – besonders dann, wenn es um die Anordnung von Zwangsmassnahmen geht. «Eskalationen und vor allem langwierige und teure Rechtsstreitigkeiten können so vermieden werden», sagt Fluri. Auf lange Frist könne eine Ombudsstelle dazu beitragen, die Kosten der Kesb zu senken.

Bei der Kokes, der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz, zeigt man sich einer Ombudsstelle gegenüber offen: «Es ist gut vorstellbar, dass dadurch das Vertrauen in die Kesb gestärkt würde. Gerade auch deshalb ist

der Vorschlag grundsätzlich positiv zu werten», sagt Guido Marbet, Präsident der Kokes. Mit Blick auf die Finanzlage der Kantone hat er aber Zweifel daran, dass die Idee tatsächlich umgesetzt wird.

Ombudsstellen, die zwischen der Bevölkerung und den Behörden schlichten, sind in der Schweiz verbreitet. In Basel etwa besteht eine entsprechende Institution für Konflikte im Bereich der Alterspflege. Darüber hinaus ist Fluris Vorschlag vor allem von einer Einrichtung in Hamburg inspiriert. Dort wurde kürzlich die ehrenamtlich organisierte «Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe» lanciert, die bei Konflikten zwischen Eltern, Kindern und Beamten Lösungen finden soll.

Für Fluri ist es absolut zentral, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Kesb wiederhergestellt wird. Dieses habe aufgrund medienwirksamer Fälle wie etwa der Tragödie in Flaach gelitten. Daran sei die Kesb nicht ganz unschuldig. Gerade wenn es um Zwangsmassnahmen gehe, sei es unabdingbar, dass sie besser kommuniziere. «Bei betroffenen Familien bestehen viele Vorurteile gegenüber der Kesb. Die Angst, dass ein Kind weggenommen wird, ist gross», sagt Fluri.

Eine nationale Tagung, die er im Dezember gemeinsam mit der Kokes durchführt, soll hier Abhilfe schaffen. Ziel ist es, dass Behörden und Fachkreise lernen, allfällige Zwangsmassnahmen umsichtiger zu kommunizieren. «Ich habe für die Kritik ein gewisses Verständnis», sagt Kokes-Prä-

sident Marbet. «Auch für uns ist die Situation unbefriedigend.» Die Kesb-Leute seien gut ausgebildet und würden hervorragende Arbeit leisten, sagt er. Doch aufgrund der anhaltenden Überlastung fehle ihnen schlicht die Zeit, im Einzelfall jene Aufmerksamkeit zu gewähren, die es eigentlich brauchen würde.



Guido Fluri will der Kesb helfen, Vertrauen zu schaffen. (1. Juni 2013)